

Hans-Joachim Böhme-Gingold
Kreistagsabgeordneter
Hilgershäuser Str.1
34587 Felsberg-Beuern

An den Vorsitzenden des Kreistages
Herrn Michael Kreutzmann
Parkstraße 6
34576 Homberg(Efze)

www.die-linke-schwalm-eder.de

Felsberg, den 07.05.2023

In die Sitzung des Kreistages am 22.05.2023 brachten wir Anfragen zu den Reichsbürgern im Schwalm-Eder-Kreis ein:

Hier die Fragen (Fettdruck) mit Antworten (Kursivdruck)

Frage1 In welchem Umfang belasten Reichsbürger*innen die öffentlichen Abläufe?

Da die sogenannten Reichsbürgerinnen und Reichsbürger die Bundesrepublik Deutschland nicht als souveränen Staat anerkennen und sie in ihrer gesamten Rechtsordnung fundamental ablehnen, erkennen sie Ordnungsmaßnahmen nicht an und treten häufig aggressiv gegen Mitarbeitende von Behörden und der Polizei in Erscheinung. Auf Grund ihrer Ideologie des Fortbestandes des historischen Deutschen Reiches, sehen sie die Bundesrepublik Deutschland als GmbH der Alliierten und jüdischer Eliten, weshalb sie ihren Personalausweis nicht als Ausweisdokument anerkennen. Infolgedessen stehen Mitarbeitende der Städte und Gemeinden häufig mit einzelnen Mitgliedern der Reichsbürger-Szene in Kontakt, die ihren Personalausweis bei der für sie zuständigen Stadt oder Gemeinde abgeben wollen und die . Anerkennung ihres eigens gestalteten Ausweises als Bürgerin oder Bürger des historischen Deutschen Reiches fordern. Häufig werden lange Schriftsätze, die den Charakter von Pamphleten haben, an die Verwaltungen geschickt, deren Bearbeitung dann erhebliche Arbeitskapazität bindet. Innerhalb der Kreisverwaltung sind verschiedene Arbeitsgruppen und Fachbereiche mit den Anliegen von Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern befasst. Zu nennen sind insbesondere der Fachbereich 51 - Jugend und Familie Und die Sozialverwaltung, aber auch die Vollstreckungsstelle.

Frage 2 Sind in der Vergangenheit Reichsbürger*innen oder Rechtsextremisten durch Drohschreiben, - anrufe oder sonstige strafrechtlich relevanten Vorkommnisse im Kontext der Durchführung kommunaler Aufgaben durch die Beschäftigten des Schwalm-Eder-Kreises aufgefallen?

Im FB 51 - Jugend und Familie - gibt es immer wieder solche Vorkommnisse, die insbesondere im Kontext mit Maßnahmen stehen, wenn das Jugendamt als Eingriffsbehörde tätig ist (z.B. Herausnahme von Kindern und Jugendlichen aus Familien), bei familiengerichtlichen Maßnahmen oder wenn Reichsbürgerinnen oder Reichsbürger zu Zahlungen herangezogen werden (z.B. Unterhaltsleistungen)). Dabei ist das übergreifige Verhalten nicht immer strafrechtlich verfolgbar, da die Drohungen bewusst keinen konkreten Straftatbestand erfüllen sollen, sondern eher auf die Erzeugung von unguuten Gefühlen/Angst bei den Sachbearbeitungen zielen. Es gab jedoch auch relativ klare Drohungen, Veröffentlichung von Behördenschreiben über Soziale Medien und Versuche den Wohnort von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausfindig zu machen. In der Folge

von entsprechenden sehr ernst zu nehmenden Drohschreiben ist es bereits zu einer zeitweisen Schließung der Kreisverwaltung und dem Einsatz von Sicherheitspersonal gekommen. Sowohl die Mitarbeiterin der DEXT-Stelle als auch der Verantwortliche für das Projekt „Gewalt geht nicht“, stehen unter besonderer Beobachtung von Reichsbürgern, aber auch anderer extremistischer Personen und müssen regelmäßig Anfeindungen aushalten. Alle Vorgänge werden der Büroleitung zur weiteren Veranlassung vorgelegt.

Frage 3 Wie viele Reichsbürger*innen oder Rechtsextremisten mit Waffenbesitzkarte sind dem Kreis bekannt?

Zum Stand 31.12.2022 waren sechs Personen, welche dem genannten Personenkreis zuzuordnen sind, im Besitz einer Waffenbesitzkarte.

Frage 4 Wie viele Waffenbesitzkarten sind in den vergangenen fünf Jahren von oben genanntem Personenkreis eingezogen worden? Wie viele Karten sind neu ausgestellt worden?

In den letzten fünf Jahren sind von einer Person die Waffenbesitzkarten und Waffen eingezogen worden. Es sind keine neuen Waffenbesitzkarten an Personen aus dem genannten Personenkreis ausgestellt worden.

Frage 5 Beschäftigt sich die Fachstelle zur Demokratieförderung und Extremismusprävention (DEXT) des Schwalm-Eder-Kreises auch mit der Thematik Reichsbürger? Wenn ja, in welchem Kontext und Umfang?

Die Fachstelle zur Demokratieförderung und Phänomen übergreifenden Extremismusprävention (DEXT) und das Projekt „Gewalt geht nicht!“ des Schwalm-Eder-Kreises beschäftigen sich mit den Themenfeldern Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung. Dabei greift die DEXT-Fachstelle seit ihrer Einrichtung die Thematik der Reichsbürgerinnen und Reichsbürger wie im Folgenden beschrieben auf:

- a) Durch die Vernetzung der DEXT-Fachstelle mit der PMK-Beauftragten Nordhessen, dem Demokratiezentrum Hessen, der Polizei Schwalm-Eder, dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Nordhessen, den hessischen DEXT-Fachstellen und der Partnerschaft für Demokratie (Pfd) der Kreisverwaltung Schwalm-Eder zum Monitoring der lokalen Ereignisse der Reichsbürger-Szene*
- b) Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zur Information und Sensibilisierung von Fachkräften und ehrenamtlich Tätigen in der Kinder- und Jugendarbeit (u.a. Arbeitskreis Kommunale Jugendarbeit, Schule, Schulsozialarbeit, Vereine und Verbände)*
- c) Schulung von Mitarbeitenden der Kreisverwaltung und der Städte und Gemeinden (Informationen über die Reichsbürgerszene, aktuelle Entwicklungen und Handlungsempfehlungen im Umgang mit Reichsbürgern) Die letzte verwaltungsinterne Schulung der Kreisverwaltung hat am 25. April 2023 stattgefunden - die nächste Schulung für Städte und Gemeinden ist für den 12. Oktober 2023 geplant*
- d) Erst- und Verweisberatung sowohl bei allgemeinen Anfragen als auch bei konkreten Fällen*